

Welche Wirtschaftspolitik für mehr Nachhaltigkeit?

Kriterien und Instrumente für eine Wirtschaftspolitik im Dienste der Nachhaltigkeit

Von Thomas Benedikter

Ausgangspunkt unserer Betrachtungen muss sein: wo stehen wir heute in Sachen Nachhaltigkeit in ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht? Aber auch die Nachhaltigkeit der Tätigkeit der öffentlichen Hand ist zu hinterfragen. Wir können uns dann fragen, welche Ziele für eine Wirtschaftspolitik des Landes für Nachhaltigkeit zu setzen sind und welche Maßnahmen uns diesen Zielen näher bringen können. Schließlich können wir die Frage aufwerfen: ist ein nachhaltiges, ressourceneffizienteres, weniger energieintensives Wachstum bei immer geringeren Treibhausgasemissionen mit möglich oder müssen wir ein anderes Wohlstandsmodell entwerfen, das ohne Wirtschaftswachstum auskommt?

1. Wie nachhaltig ist Südtirol heute?

1.1 Die Ökologie

Der ökologische Umbau des globalen Wirtschaftssystems stellt die zentrale Herausforderung dieses Jahrhunderts dar. Europa muss dabei die treibende Kraft sein. Eine kleine Region wie die unsere, durch verschiedene Standortfaktoren begünstigt, kann zu den Vorreitern in ganz Europa gehören bzw. auf jeden Fall unseren Beitrag leisten. Mit der „Klimaland-Vision“ von 2011 hat sich die Landesregierung selbst ehrgeizige Ziele in Sachen Energiewende und nachhaltige Entwicklung gesteckt.

Südtirol kommt beim Ausbau der erneuerbaren Energien den Zielen der Strategie „Energie Südtirol 2050“ näher, aber bei den **Treibhausgasemissionen** haben wir seit 1990 zugelegt, im Unterschied zu den Nachbarländern im Norden und Italien. Beim **Anteil an Erneuerbaren Energien** am Brutto-Endenergieverbrauch liegen wir weit vorne dank der fast ausschließlichen Erzeugung von Strom aus Wasserkraft, Photovoltaik und Biogas. Die **Energieintensität der Wirtschaft** ist weit geringer als jene Österreichs und Deutschlands, vor allem strukturell bedingt, nämlich weil wir weit weniger Industrie und generell weniger energieeffiziente Unternehmen haben. Die meiste Energie fressen in Südtirol die Gebäudeheizung und die motorisierte individuelle Mobilität, nicht die Industrie, die im letzten Jahrzehnt sogar einen rückläufigen Verbrauch aufweist.

Ist die Energiewende also in Gang? Von einer Energiewende könnte man sprechen, wenn ein klarer Trend erkennbar wäre, dass insgesamt weniger Energie verbraucht, weniger fossile Energie verbrannt wird und die Treibhausgasemissionen kontinuierlich abnehmen. Doch hat der Stromverbrauch in Südtirol von 1997 bis 2009 um 50% zugenommen und steigt weiter. Allein für die Deckung des jährlichen Verbrauchszuwachses wären alle 6-7 Jahre ein Kraftwerk wie jenes in Kardaun nötig. Da Südtirol aber auch Strom zur Deckung der Grundlast von außen bezieht, bedeutet ein steigender Stromverbrauch im Land auch mehr Treibhausgase anderswo aufgrund des bezogenen Strommixes aus Italien.

Bei den Gas-Emissionen liegt Südtirol zur Zeit gegenüber 1990 (Wert 100) beim Wert von 117, also keine Senkung. Somit hat Südtirol die vom Programm "Europa 2020" der EU vorgeschriebenen Hausaufgaben noch nicht gemacht. Zu diesem Zweck müsste es mit dem Gesamtverbrauch fossiler Energieträger herunterfahren, was nicht geschieht. Was Südtirol dank guter Ausgangslage (930

Wasserkraftwerke, 1400 Fotovoltaik-Anlagen, 40.000 Solaranlagen) schafft, ist die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien bei der Strom- und Wärmeerzeugung.

Betrachtet man aber das gesamte Verbrauchsszenario, kommt unser "Klimaland" den selbst gesetzten Zielen "Weniger Energie verbrauchen" und "Weniger CO₂ in die Luft blasen" nicht näher. Die Vision des Klimalands, wenn sie nicht Etikettenschwindel sein soll, muss sich an diesen beiden Maßstäben messen lassen. Auch vom Ziel der Selbstversorgung ist Südtirol noch weit entfernt, Im Bereich Verkehr und thermische Energie bleibt mittel- bis langfristig eine enorme Abhängigkeit von außen aufrecht, während nur bei der elektrischen Energie doppelt so viel produziert wird wie im Land verbraucht wird.

1.2 Soziales

In dieser Hinsicht ist die Frage nach der Lohnentwicklung und der Einkommensverteilung aufzuwerfen. Kommen Einkommens- und Vermögenszuwächse nur den oberen sozialen Schichten zugute? Wie sind die Bildungschancen und überhaupt die Chancen auf ein materiell gesichertes Leben verteilt? Wie steht es um die intergenerationale Gerechtigkeit? Haben die nächsten Generationen eine hohe Schuldenlast abzutragen oder noch eigenen Gestaltungsspielraum bei den öffentlichen Finanzen? Nimmt die Armut zu?

1.3 Wirtschaft und Öffentliche Tätigkeit

Eine dauerhaft ökologisch verträgliche Wirtschaftsweise führt zu einem geringeren Durchfluss von Rohstoffen und Energie in Produktion und Konsum. Dadurch wird die Emission von Schadstoffen und Produktion von Abfall verringert. Beim Recycling darf aber nicht vergessen werden, dass auch bei Nutzung der Möglichkeiten von Kreislaufwirtschaft beim Stand der Technik nicht mehr als 30% der heute technisch bewegten Rohstoffmasse rezykliert werden kann (Wuppertal-Institut 2005).

Der Stromverbrauch und gesamte Energieverbrauch der gewerblichen Wirtschaft wächst in Südtirol weiter, nach Sektoren und Branchen unterschiedlich. So z.B. nimmt der Energieverbrauch in Tourismus und Gastgewerbe weiter zu, durch luxuriösere Hotels und einen stark technisierten Wintertourismus. Das Wachstum des Fremdenverkehrs mit rückläufiger Aufenthaltsdauer führt zu höheren Verkehrsbelastungen.

Bei der Tätigkeit der öffentlichen Körperschaften (vor allem Land und Gemeinden) muss der relative Rückgang der finanziellen Ausstattung des Landes berücksichtigt werden, und dessen Kollateralschäden im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich. Bei der Energieversorgung, die im Wesentlichen durch öffentliche Träger erfolgt, müssen hohe Investitionen getätigt werden für mehr Erzeugungskapazität der erneuerbaren Energien, z.B. für die Modernisierung der Kraftwerke und für den Ausbau des Fernwärmenetzes. Bleibt der öffentliche Kapitalstock erhalten oder verfallen die Infrastrukturen? Kann die öffentliche Investitionsquote aufrechterhalten werden?

2. Eine Wirtschaftspolitik mit mehr Nachhaltigkeit

Auch in Südtirol ist es - trotz geringerer Bedeutung der Industrie - unverzichtbar, den Materialverbrauch absolut zu senken und die Ressourcenproduktivität zu steigern, wenn möglich nach Faktor 5 (v. Weizsäcker 2011). Oberziel einer Wirtschaftspolitik des Landes muss es somit sein, die Wertschöpfung von umweltrelevanten Größen zu entkoppeln (Rohstoffeinsatz, Energieverbrauch, Flächenversiegelung, Verkehrsvolumen, Wasserverbrauch, usw.). Zu den wertvollsten und verletzlichsten Ressourcen Südtirols gehört außerdem die Natur- und Kulturlandschaft, weshalb das Wirtschaftswachstum vom ungebremsten Flächenverbrauch abgekoppelt werden muss. Nur eine absolute Entkopplung bedeutet einen sinkenden

Energieverbrauch, wie von "Energie Südtirol 2050" vorgegeben, nicht nur die steigende Nutzung von erneuerbaren Energieträgern. Durch mehr Energieproduktivität (Energieeffizienz) und geringere Energieintensität der Wirtschaft und Verbraucher kann der Primärenergieverbrauch gesenkt werden.

2.1 Welche Möglichkeiten hat die Wirtschaftspolitik überhaupt? Die wesentlichen Kompetenzen für die Steuerung der Wirtschaft durch die öffentliche Hand, also durch die demokratisch legitimierte Politik liegt nach wie vor bei den Staaten, und in Europa in wachsendem Ausmaß bei der EU, wie immer diese strukturiert ist. Im Rahmen der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik der Euroländer werden immer mehr Politiken international koordiniert, bis hin zur Fiskalpolitik, also der Steuerpolitik, der Haushaltspolitik der Euroländer. Ein autonomes Land wie Südtirol hat nur begrenzten Einfluss auf die Wirtschaft, doch weit mehr als normale Regionen, aufgrund seiner Ausstattung mit Kompetenzen und Finanzen. Schwach ausgeprägt sind allerdings in unserem Fall die Zuständigkeiten bei den Steuern.

Ökonomische Lenkungsinstrumente für die Energiewende und mehr Nachhaltigkeit könnten folgende sein.

2.2 Lenkung durch Beeinflussung des Energiepreises

Steigende Energiepreise und in Folge steigende Energieausgaben beeinflussen das Verhalten von Unternehmen und Haushalten. Verteuern sich nur fossile Energieträger, werden sie von den Konsumenten durch günstigere ersetzt. Energiesparinvestitionen werden attraktiver. Gut für Unternehmen für Dienstleistungen für Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Der Preis steuert zunehmend die Abkehr von fossilen Energieträgern, verstärkt das Energiesparen und die Energieeffizienz. Der Preis ist das wichtigste Element zur Förderung einer CO₂-ärmeren Wirtschaft. Der Preis ist ein Schlüsselement fürs Vorantreiben der Energiewende.

2.3 Lenkung durch Förderung

Subventionen, also öffentliche Beiträge (vor allem durch das Land Südtirol), machen Sinn, wenn

- Verhaltensänderung für vermehrte Energieeffizienz angestrebt wird;
- Der Umstieg auf alternative Energiequellen verstärkt wird;
- Die Marktreife innovativer Produkte antizipiert wird.

2.4 Lenkung durch Besteuerung

Das öff. Gut Umwelt wird ausufernd belastet, weil es kostenlos beansprucht werden kann. Bei uns zusätzlich: Landschaft kann überbelastet werden, weil zu wenig Grenzen gesetzt werden. Mithilfe von Steuern wird der Verbrauch von Umweltressourcen künstlich verteuert, um Nutzung zu verringern. Verteuerung nicht nachhaltiger Energieträger erhöht Chancen erneuerbarer Energie (+Geräte, Maschinen, Produkteprozesse). Dies fördert den sparsamen Umgang mit Energie.

Dabei müssen folgende Anforderung beachtet werden:

- Verursachergerecht
- Systemgerecht (in Einklang mit dem Energieplan)
- Wettbewerbsgerecht
angemessen (nicht Bürger und Betriebe überbelasten)

Eine Zangenstrategie scheint zielführend: zum einen die Belastung des Einsatzes von fossiler Energie, zum andern die Entlastung über den Preis und mit öff. Subventionen der Energieeffizienz, des Energiesparens und der erneuerbaren Energie. Eine geschickte Kombination von Anreiz- und Steuerpolitik ist nötig. Zum Beispiel die steuerliche Absetzbarkeit der energetischen Gebäudesanierung.

Auch die Umstellung der Mobilität mit Ausbau des ÖPNV und gezielte Förderung der E-Mobilität und höhere Besteuerung **abgasintensiver PKW ist ein Beispiel für diese Lenkung.**

2.5 Lenkung durch Ordnungspolitik

In diesem Rahmen setzt das Land (oder der Staat) durch Gesetze die Rahmenbedingungen und die Regeln für die Wirtschaftstätigkeit, für das Unternehmerhandeln, z.B. bei den Emissionen, beim Flächenverbrauch (Gewerbegebiete), beim Baurecht, beim Umweltschutz (Höchstgrenzen für Emissionen) usw. Das Land hat hier einen beträchtlichen Spielraum, ist aber auch an staatliches und immer mehr EU-Recht gebunden.

2.6 Lenkung auch in der Sozialpolitik

Aber auch bei der sozialen Nachhaltigkeit muss eine klare Agenda gesetzt werden, wie nachhaltiger Wohlstand für alle geschaffen werden kann.

- Ungleichheit reduzieren, weniger Arbeitslosigkeit, weniger prekäre, instabile Arbeitsverhältnisse
- Stärkung des Zugangs zu Qualifikation und Bildung der sozial Schwächeren
- Steuersystem umbauen: Höhere Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen, auf Energieverbrauch, Steuern senken auf Arbeit
- Die Förderungspolitik auf Nachhaltigkeit ausrichten. Subventionen an die gewerbliche Wirtschaft knüpfen an strenge Kriterien der Energieeinsparung, Energieeffizienz und Fossilenergiesubstitution.

3. Welche Maßnahmen der Wirtschaftspolitik des Landes?

In diesem Sinne hat das Land neue Schwerpunkte in seiner Umwelt-, Energie-, Verkehrs- und Wirtschaft- und Arbeitsmarktpolitik zu setzen. Für eine nachhaltige Entwicklung muss das vorhandene wirtschaftspolitische Instrumentarium des Landes genutzt und in sozialer Verpflichtung ökologiebezogen weiterentwickelt werden mit den für das Land verfügbaren

- nicht-fiskalischen Instrumenten (Ordnungspolitik, Kontrollen, Sanktionen, Regeln)
- in der Umweltpolitik mit öffentlichen Ausgaben (Infrastrukturen, Subventionen, Anreize)
- in der Umweltpolitik mit öffentlichen Einnahmen (Steuern, Gebühren)
- mit nicht gesetzlich zu regelnden Instrumente (Information, Koordination, Anschub von Initiativen, usw.)

In Abstimmung mit den Sozialpartnern und in Einklang mit der Strategie "Energie Südtirol 2050" muss das Land eine wirtschaftspolitische Gesamtstrategie definieren, um bis 2020 in allen Branchen eine energieeffizientere, ressourcenschonendere und emissionsärmere Wirtschaftstätigkeit zu erreichen. Regionale Wirtschafts- und Finanzkreisläufe sollen gefördert werden. Die zentralen Planungsinstrumente des Landes haben sich nach dieser Strategie zu richten. So muss etwa die Landesentwicklungs- und Raumordnungsplanung (LEROP) die Ziele und Maßnahmen der Klimastrategie "Energie Südtirol 2050" in verbindlicher Form aufnehmen.

"Energie Südtirol 2050" schreibt nicht nur eine Strategie für die Energiewende in unserem Land fest, sondern fordert damit auch Anpassungen in anderen Politikfeldern und Sektoren, wie schon erwähnt bei Transport und Verkehr, Wohnbaupolitik und Raumordnung, Agrarpolitik und Tourismus. Noch bedeutsamer ist die Wirtschaftspolitik, die sich mehrerer Hebel bedient und auf mindestens drei Ebenen verläuft: der europäischen, der italienischen und der Landespolitik. Zumindest im Rahmen der Kompetenzen unserer Autonomie können wir die Entwicklung so steuern, dass sie den Kriterien der Nachhaltigkeit besser entspricht als bisher. Wir können die wirtschaftspolitischen Instrumente des Landes so einsetzen, dass Nachhaltigkeit gewährleistet wird.

Die Wirtschaftspolitik hat vor allem drei Hebel:

1. Die **Ordnungspolitik**, wenn z.B. festgelegt wird, wie viel Einkaufszentren Südtirol braucht und wo diese errichtet werden sollen.

2. Die **Steuerpolitik**: hier hat das Land sehr begrenzte Möglichkeiten, weil nur 8% der Einnahmen des Landes aus eigenen Steuern stammen, doch IRAP, IRPEF, Kfz-Steuern und Stromsteuern lassen sich auch für die Energiewende einsetzen.

3. Die **Subventionen**: ein sehr wichtiger Bereich, weil jährlich gewaltige Summen in die gewerbliche Wirtschaft fließen, und zwar ohne echte Auflagen hinsichtlich Energiesparen.

Wenn mit diesen Instrumenten für Nachhaltigkeit gesorgt werden soll, wie und mit welchen Kriterien? Ein breites Kapitel, doch steht fest, dass Energieeinsparung, Emissionsreduzierung, Reduzierung des Ressourcenverbrauchs auch Leitlinien der Subventionierung bilden müssen. Derzeit nicht durchgängig der Fall, wie z.B. bei der Tourismusförderung. Hier gibt es für die 38 Mio. Fördermittel, die 2013 an die Touristikbetriebe ausgeschüttet werden, keine Auflagen zur Energieeffizienz und Energieeinsparung. Genauso wenig gibt es ein Gesamtkonzept für den nachhaltigen Tourismus.

Steuern und Subventionen: Energieverbrauch belasten, Arbeit entlasten

Obwohl Südtirol über relativ geringe Kompetenzen bei den Steuern und Sozialabgaben verfügt, kann es sowohl das verfügbare Instrumentarium nutzen, als auch in den Verhandlungen zur Vervollständigung der Autonomie auf mehr Gestaltungsspielraum bei Öko-Steuern hinwirken. Grundsätzlich versucht eine ökologische Steuerreform die Steuer- und Abgabenlast von der Arbeit auf den Energie- und Ressourcenverbrauch umzuschichten. Nicht erneuerbare Energiequellen und der allgemeine Stromverbrauch sollen - nach Abdeckung des Grundverbrauchs - verteuert werden, um das Energiesparen zu fördern. Nach Einkommen gestaffelte Zuschläge auf die Stromverbrauchsabgabe können energiesparendes Verhalten belohnen.

Höhere Steuern auf fossile Treibstoffe ermöglichen den Ausbau umweltfreundlicher Alternativen (z.B. den ÖPNV) und setzen erfolgreiche Impulse fürs Energiesparen. Höhere emissions- und verbrauchsabhängige Kfz-Steuern internalisieren einen Teil der Kosten, den der individuelle Verkehr verursacht, wodurch die Sozialversicherungsbeiträge reduziert werden können. Die Auto- und PKW-Haftpflichtversicherungssteuer kann zwecks Verteuierung der Fahrzeuge mit hohem Treibstoffverbrauch und hohen CO₂-Emissionen eingesetzt werden. Die Anhebung der Maut auf Autobahnen dient der Internalisierung der vom Transitverkehr verursachten Umweltkosten, während die Einführung einer City-Maut die Verkehrsberuhigung in Südtirols Städten fördert.

In der **Wirtschaftsförderung** müssen Energieeffizienz, Energiesparen und die Substitution fossiler Energien zu einem wesentlichen Kriterium der finanziellen Förderung oder Besteuerung werden. Allerdings sind dem Land in der Steuerpolitik enge Grenzen gesetzt. Einige Abgaben können für mehr Nachhaltigkeit eingesetzt werden. Mit Anpassungen bei der Baukostenabgabe kann Sanierung des Altbaubestandes statt Neubauten gefördert werden. Mit der Tourismusabgabe kann für mehr Kostenwahrheit in dieser Branche gesorgt werden, indem die Nutznießer (Gewerbetreibende, Gäste) stärker an der Deckung der direkten Kosten (Werbung und Beherbergung) und indirekten Kosten (Baukosten von Infrastrukturen und Verkehrswegen, Umweltbelastung durch hohen Verbrauch fossiler Energien für touristische Mobilität und Lärm) beteiligt werden. Dazu zu können alle vom Tourismus profitierenden Wirtschaftszweige beitragen.

Nach dem Modell der Umweltverträglichkeitsprüfung kann das Land eine technisch operationalisierte **Klimaverträglichkeitsprüfung** (KVP) für Produktionsverfahren und Unternehmen als produktive Gesamteinheiten einführen, die von der neu zu schaffenden Energieagentur des Landes systematisch auf das produzierende Gewerbe angewandt wird. Extrem energieintensive, mobilitätsabhängige und ressourcenverschwendende Produkte, die die KVP nicht bestehen, können dann mit Landesmitteln weder gefördert noch beworben werden. Auch neue öffentliche Infrastrukturen und Bauten sind mit einer KVP auf Nachhaltigkeit zu prüfen.

4. Handlungsstrategien in der Wirtschaftspolitik des Landes

4.1 Bloße Forcierung der erneuerbaren Energien keine Lösung

Mit einer bloßen Umstellung auf erneuerbare Energien ist es somit nicht getan. Einsparungen und mehr Effizienz beim Einsatz von Energie, ressourcensparende Produktionsverfahren und Emissions- und Abfallvermeidung sind ebenso wichtig. Nachhaltigkeit bedeutet, mit den vorhandenen Ressourcen so umzugehen, dass die nachfolgenden Generationen gerechte Entfaltungsmöglichkeiten haben. Es kann nicht bedeuten, den Energieverbrauch wie bisher zu steigern, aber eben aus importierten erneuerbaren Ressourcen wie etwa beim Holz, bei Futtermitteln, anderen Bio-Treibstoffen. Denn eine Energiepolitik, die Raubbau an den erneuerbaren Energieträgern (Wasserkraft, Holz, Biomasse) betreibt oder zu gravierende Eingriffe in die Landschaft mit sich bringt, ist genauso wenig nachhaltig. Die Substitution von fossilen Brenn- und Treibstoffen steigert zwar die Wertschöpfung und schafft Arbeitsplätze im Land, sofern die erneuerbaren Energien aus der Region selbst stammen. Die Erzeugung erneuerbarer Energie darf aber nicht als Alibi missbraucht werden, um den letzten Bach abzuleiten, naturnahe Wälder zu zerstören, die Landschaft im alpinen Ökosystem durch Windparks zu entstellen, gewachsene Kulturlandschaften durch großflächige Photovoltaikanlagen zu verschandeln, oder durch Überdüngung des Grünlands mehr Biogas zu erzeugen. Bei der Reduzierung des Energieverbrauchs in Wohngebäuden wird einerseits das Sanieren von Altbaubestand gefördert, andererseits werden neuerdings beim Energiestandard dieser Sanierungen wieder Abstriche gemacht.

4.2 Die Energiewende konsequent fördern

In Südtirol wird der Strompreis nicht so stark steigen, dass Haushalte allgemein mit energiesparenden Geräten arbeiten. Einsparungspotenzial dort groß, wo hohe Raumwärme bedarf (Hotels, KHs, Altenheime, Wellnessanlagen, öffentlicher Einrichtungen. Mit Förderung und Steuern kann die Energieinnovation beschleunigt werden in folgendem Sinn:

- „Neuansiedlung von energie- und emissionsintensiven Betrieben ist nicht zu unterstützen“ (Energie Südtirol 2050)
- Verteuerung von fossiler Energie führt zu Substitution im gewerbe-, Handels- und Dienstleistungsbereich.
- Erneuerbare Energie: Südtirol hat Standortvorteil mit Wasserkraft, Sonne und Biomasse. Bei diesen Energieträgern gibt es auch den Vorteil der Preisstabilität (regionale Rohenergie).

Die öffentliche Förderung muss sich konzentrieren auf:

- Energieeffizienz
- Emissionsreduzierung
- Gebäudesanierung bei den Kondominien

„In allen Bereichen sind Förderung und Steuerbegünstigungen auf Klimawirksamkeit zu hinterfragen, abzubauen, wenn sie dem Klimaziel widersprechen“

(Rat für Nachhaltigkeit der Bundesrepublik Deutschland)

Somit muss das Land Rahmenbedingungen dafür schaffen, um das Angebot an erneuerbaren Energien zu fördern und Energieeffizienz zu fördern und effizientes und sparsames Verhalten auf der Nachfrageseite zu fördern.

Die politischen Kompetenzen des Landes sind nicht so ausgeprägt, dass alle wesentlichen Verhaltensparameter beeinflusst werden können. Sie werden stark von staatlichen und EU-Kompetenzen überlagert.

Die Beschäftigung: ein sekundäres Ziel. Prioritär ist vielmehr Förderungen nur zeitbeschränkt zu gestalten, andernfalls werden sie in den Preis und Konsumentenverhalten eingebaut.

Verteilungseffekte: wirken sich auf den Wohlstand der Bevölkerung aus. Wettbewerb: Südtiroler Exportunternehmen dürfen im internationalen Wettbewerb nicht benachteiligt werden.

5. Fazit: welcher Weg in ein nachhaltigeres Wirtschaftssystem

„Eine Wirtschaft, die unaufhörlichem Wachstum eines schuldenfinanzierten, materialistischen Konsums ist ökologisch nicht nachhaltig, sozial problematisch und wirtschaftlich instabil“.

Tim Jackson, Wohlstand ohne Wachstum

Das Konzept von Nachhaltigkeit, mit konkretem Indikatorenkatalog messbar, ist nicht vereinbar mit demselben Wachstum an Produktion, Konsum, Ressourcen- und Energieverbrauch. Nachhaltigkeit hat mit Grenzen zu tun, mit dem Respekt vor der Begrenzung der natürlichen Lebensgrundlagen. Der Umbau einer auf kontinuierliches Wachstum getrimmten Konsumgesellschaft ist alles andere als einfach. Man denke an den Zwang, Vollbeschäftigung bei heutigen Arbeitszeiten und kontinuierlichem Produktivitätswachstum herstellen zu wollen, an den Zwang, die Staatsfinanzen über Wachstum von Steuereinnahmen zu sanieren. Ein sofortiger und kompletter Umbau der Konsumgesellschaft ist weder möglich, noch sinnvoll.

Ist der Klimawandel somit unausweichlich, weil der Ausstieg aus dem ressourcenintensiven Wachstum nicht gelingt? Fatalismus als Alternative und „rette sich wer kann“?

Es gibt keine Alternativen zum Wachstum, wird oft behauptet, kapitalistische Industriegesellschaften können nur überleben, wenn sie wachsen. Menschen bleiben Materialisten und auch der Staat kann nur begrenzt eingreifen.

Dies sind keine unumstößlichen Dogmen. Die Wirtschaftskrise ist vielmehr eine Chance für den Wandel, eine Chance, vom kurzfristigen Denken wegzukommen. Eine Chance, den Klimawandel einzudämmen und bleibenden Wohlstand zu schaffen und zu erhalten, wenn auch weniger energie- und ressourcenintensiv. Für die Umgestaltung der heutigen Wirtschaft ist eine gewaltige Anstrengung gefordert. Wie kann man sich das vorstellen? Mit welchen Schritten diese Umgestaltung angehen?

- Grenzen festlegen
- Neue Wohlstandsmaße einführen
- Eine Steuerreform für Nachhaltigkeit
- Eine ökologische Makroökonomik einführen (die Gesellschaftliche Logik reparieren)
- In Arbeitsplätze, Vermögenswerte und Infrastruktur investieren
- Suffizienz als neuer Wert

1. **Grenzen festsetzen:** klare Obergrenzen für den Ressourcenverbrauch und die Emission von Schadstoffen. Fixe, verpflichtende Reduktionsziele festlegen. Diese Obergrenze schrittweise auch ein nachhaltiges Niveau absenken.

Für Südtirol bedeutet dies: Ziele für die CO₂-Emissionen pro Kopf und den Anteil an erneuerbaren Ressourcen festlegen (wie in Strategie „Energie Südtirol 2050“ erfolgt).

Ähnliche Obergrenzen auch für andere, nicht erneuerbare Ressourcen festlegen, z.B. Abfälle, Wasserverbrauch, Erntequoten erneuerbarer Ressourcen (Wasserkraft, Holz, Biomasse, Flächen für Photovoltaik, Flächenverbrauch durch Verbauung).

2. **Ein neues Wohlstandsmaß** schaffen: weg vom Bruttoinlandsprodukt, das nur marktbezogene, monetarisierbare Vorgänge misst. Es gibt längst Alternativen, die einen umfassenden Index menschlicher Entwicklung und Wohlstands wiedergeben.

3. **Eine Steuerreform für Nachhaltigkeit** anwenden

D.h. durch Steuern die externen Kosten von Wirtschaftsaktivitäten internalisieren. Weniger kohlenstoffintensive Tätigkeiten, Produktionsprozesse und Technologien fördern.

Prinzip einer ökologischen Steuerreform: „Taxing bads not goods“: ökologisch schädliche oder den nachhaltigkeitszielen entgegenstehende Aktivitäten besteuern (z.B. den Flächenverbrauch, CO₂-

intensive Tätigkeiten, individuelle Motorisierung.

Dadurch ergibt sich die Möglichkeit, die Arbeit weniger zu besteuern.

Eine ökologische Steuerreform lässt sich nur sehr langsam umsetzen, zudem liegen die wichtigsten Kompetenzen für Steuern beim Staat.

Für Südtirol bedeutet dies: die verfügbaren Steuerbefugnisse (Kfz-Steuer, IRAP, Stromverbrauchsabgabe, verschiedene öff. Gebühren usw.) können für eine ökologische Steuerreform genutzt werden.

4. **Eine neue ökol. Makroökonomie für Nachhaltigkeit entwickeln:** der Motor ist nicht mehr der wachsende Konsum, die Expansion des Verbrauchs. Wie verhalten sich Volkswirtschaften, wenn strikte Grenzen für Schadstoff-Emissionen und Ressourcenentnahme festgelegt werden?

Weiteres allgemein gepriesenes Dogma: die Arbeits- und Kapitalproduktivität muss ständig wachsen, weil wir in der internationalen Standortkonkurrenz bestehen müssen. Wir: Südtirol-Italien-EU. Über eine höhere Arbeitsproduktivität ließe sich, so das Postulat, ein höheres Wachstum erreichen.

In Volkswirtschaften mit mehr arbeitsintensiven Dienstleistungen besteht dieser Trend und Druck für mehr Produktivität nicht mehr. Es empfiehlt sich, alle Kräfte auf den strukturellen Übergang auf kohlenstoffärmere, arbeitsintensivere, ressourcenärmere Aktivitäten und Sektoren umzustellen.

Ökologische Investitionen haben andere Renditeraten und Rendite-Zeiträume. Ökologische, soziale, nicht material- und energieintensive Dienstleistungen müssen mehr geschätzt werden, aufgewertet werden.

5. **In Arbeitsplätze, Vermögenswerte und Infrastruktur investieren:**

- Gebäude sanieren
- In erneuerbare Energien
- Versorgungsnetze umgestalten
- Öffentlicher Nahverkehr
- Öffentliche Räume schaffen
- Ökosysteme erhalten und schützen (Landschaft schützen)
- Lebensdauer der Konsumgüter verlängern, Kaufverhalten der Menschen ändern

Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist immer dann sinnvoll, wenn damit öffentliche Güter und nachhaltiger Wohlstand befördert werden, nicht wenn nur allg. Wirtschaftswachstum“ gefördert wird. Die Prinzipien des fairen Handels, also soziale, ökologische, ethische Standards (vgl. Gemeinwohlökonomie) müssen über die gesamte Zulieferkette gewährleistet werden, nicht nur den Endverbrauch, nicht nur einige Nischenbereiche. Der Gesetzgeber kann diese Standards nach und nach verbindlich einführen.

Suffizienz: ein neues Leitmotiv

Fortschritte in Richtung einer nachhaltigeren Wirtschaft in diesem Sinn hängen davon ab, ob es gelingt, den Menschen die Befähigung und die Anreize zu geben, auf weniger materialistische Art zu leben. Suffizienz statt Wachstum ist das Stichwort dieses Jahrhunderts. Bezogen auf unsere Gesellschaft geht es auch darum, den unproduktiven, ökologisch schädlichen Wettbewerb um Status zu überwinden. Es müsste eine Wirtschaft gestaltet werden, die nicht mehr dem unerbittlichen Wachstum des Konsums verpflichtet ist. Wohlstand ohne Wachstum ist kein utopischer Traum mehr, sondern eine ökologische Notwendigkeit.